

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands Anfang 1960

Die Presse der SBZ veröffentlicht seit einigen Monaten mehr Berichte über land- und ernährungswirtschaftliche Probleme als je zuvor. Das hat gute Gründe. Als nach den schweren Dürreschäden die Nahrungsmittelversorgung in der SBZ schlagartig schlechter wurde und die Bevölkerung allen Ernstes die Rückkehr zur Rationalisierung von Milch und Butter verlangte, um so wenigstens einigermaßen sicher mit einer Mindestversorgung rechnen zu können, da öffnete Pankow die Presseschleuse. Es wurde wieder einmal „kühn und breit diskutiert“, es wurden Kommissionen gebildet, „Aktivisten“ ins Leben gerufen, Selbstverpflichtungen propagiert, Sündenböcke gesucht und auch gefunden. Plötzlich gab es im Ostsektor Berlins eine Serie von „Schieberprozessen“ gegen Personen, die Lebensmittel nach West-Berlin verschoben haben sollten. Solche Elemente gibt es nun leider einmal, und sie finden stets dann gute „Arbeits“-Chancen, wenn sie das Halbdunkel staatlicher Mangelwirtschaft ausnutzen können. Aber daß sie die Nahrungsmittelversorgung der SBZ ernsthaft gefährden könnten, daran glauben vielleicht nicht einmal die sie verurteilenden Volksrichter.

Pankow mußte sich auch deshalb mehr als sonst mit landwirtschaftlichen Fragen auseinandersetzen, weil die ungenügende Ernte 1959 die ohnehin kritische Frühjahrszeit bis zur neuen Ernte schon heute als sehr schwer überbrückbar erscheinen läßt. Die Staatliche Plankommission hat trotzdem die geplante Einfuhr von Frischfleisch, tierischen Fetten, Butter und Käse für die kommenden Jahre stark senken müssen, weil industrielle Einfuhren den Vorrang haben. Zum erstenmal kam es vor sowjetischen Einkaufs-„Magazinen“, die eigentlich der Versorgung der russischen Familien in der SBZ dienen sollen, aber auch sehr gerne an deutsche Hausfrauen verkaufen, weil sie so ihre Umsatzpläne leichter erfüllen konnten, in einzelnen Orten zu Unruhen und sogar Krawallen, weil der Verkauf von Obst und Zucker an Deutsche plötzlich gesperrt wurde.

Die offizielle Kritik an den Mißständen ist teilweise recht offen und scharf geworden. Der im ZK der SED für die Landwirtschaft verantwortliche Funktionär Mückenberger wurde abgelöst. Das Ostberliner Landwirtschaftsministerium erhielt schwere Rügen. Hunderte wichtiger Forschungsergebnisse von „Wissenschaftlern“ zur unmittelbaren Steige-

rung der landwirtschaftlichen Produktion lägen seit Monaten unbearbeitet im Ministerium. Einzelne Bezirksverwaltungen hätten sich weniger um Transparente, Schautafeln usw. kümmern sollen, dafür um so mehr um die Milchproduktion. Ernsthafte Mängel in der Leitung der Landwirtschaft durch die Partei- und Staatsorgane sowie politisch-ideologische Unklarheit seien zutage getreten. Das „Weltniveau“ der Produktionsmethoden, was man auf der alljährlichen Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg bei Leipzig zu sehen bekomme, sei nur Ausstellungsstück. Falsche Arbeitsmethoden und fehlerhafte Anordnungen hätten aus der Futtermittelversorgung der Viehbestände ein „kompliziertes Problem“ gemacht. Es wurde zugegeben, daß Anfang November 1959 zum geplanten Jahresendbestand im Bezirk Neubrandenburg 9300 Kühe, im Bezirk Halle 8600, Rostock 6600 und Erfurt 6300 Kühe fehlten. Im Bezirk Schwerin sei der Bestand an Rindern in der letzten Zeit um 7600 Stück zurückgegangen, obwohl diesem Bezirk 7000 Jungrinder aus anderen Bezirken zugewiesen worden waren.

Diese bedauerlichen Vorfälle nötigen uns westdeutschen Beobachtern keine Schadenfreude ab, zumal auch bei uns die Dürre einige Störungen verursachte. Hoffentlich ziehen Pankows Planer daraus wenigstens die richtigen Schlüsse. In der SBZ bleibt die Mangelage jedoch bestehen, und der amtliche Bericht über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes im ersten Dreivierteljahr 1959, der zu einem Drittel aus Ausführungen über die Landwirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung besteht, läßt erkennen, wieviel noch zu tun ist, um die Behauptung der sowjetischen Planwirtschaftler, sie könnten es besser als wir im Westen, zu rechtfertigen.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß in dem Nervenkrieg gegen West-Berlin aus Pankow neuerdings gegen die politischen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin gewettert wird, und daß die SED die Diskussion um die Nahrungsmittelsubventionierung in West-Berlin zum Anlaß nahm, sich gegen jede Kürzung auszusprechen. Beides ist aber unvereinbar; denn ohne Bonns Leistungen können solche Subventionen nicht gezahlt werden.

Weil nicht nur die Getreideernte des Jahres 1959 unter dem Plansatz blieb, sondern auch bei Zuckerrüben und Feldfutterpflanzen Ertragsausfälle zu verzeichnen waren, wurden die Schlachtungen übersteigert, so daß in den Bezirken Cottbus, Erfurt, Dresden und Chemnitz die Zahl der Kühe sogar unter den Stand des Vorjahres sank. Der Zuwachs beim Aufkommen von Schlachtrindern und Schafen mit 34,5 vH mehr als im Vorjahr hat also sehr zweischneidigen Charakter. Bei Schlacht-

Schweinen war das Aufkommen niedriger als im Vorjahr. Der Jahresplan wurde in der Erzeugung von Schlachtvieh, Milch und Eiern nicht erfüllt. Mit einem Zuwachs von 154,7 vH beim Aufkommen von Schlachtgeflügel wäre die SBZ an sich in der Lage gewesen, den Verbrauch auf diesem Gebiet erheblich zu erhöhen, aber dieses Mehraufkommen kam nicht voll auf den Inlandsmarkt. Jetzt ist die Futtermittellieferung so angespannt, daß die Geflügelhaltung erheblich gedrosselt werden mußte. „Der gegenüber dem Vorjahre weit höhere Bedarf der Bevölkerung an Fleisch, Fett, Milch und Milcherzeugnissen konnte in einigen Gebieten nicht voll gedeckt werden“, sagt der Bericht. Natürlich war der *Bedarf* schon immer so hoch. Gemeint ist der *Verbrauch*. Und als Beweis dafür werden Verbrauchssteigerungen gegenüber dem Vorjahre veröffentlicht, die bei Fleisch 69 000 t, bei Milch 175 000 t, bei Butter 23 000 t und bei Fettkäse 3000 t ausgemacht hätten. Nimmt man sich die Zeit, diese Mengen auf den Kopf der Bevölkerung pro Tag auszurechnen, dann fragt man sich allerdings, ob sich die Berichterstatter der Plankommission nicht einen zynischen Witz geleistet haben; denn der „weit höhere“ Verbrauch betrug danach pro Kopf und Tag 14,9 g Fleisch, 0,04 kg Milch, 4,9 g Butter und 0,64 g Fettkäse.

Dem Verbraucher nützt der Hinweis wenig, daß die Staatlichen MTS ihre Leistungen in Feldarbeiten um 38 vH steigern konnten und die durch Mähdrescher abgeerntete Fläche um 52,3 vH zunahm, wenn dabei insgesamt für ihn zu wenig herauspringt. Der Umsatz an Nahrungsmitteln soll um 13 vH und der an Genussmitteln um 7 vH angewachsen sein. Bei den industriellen Versorgungsgütern wurde der Umsatzplan nicht ganz erreicht trotz der zum Teil beachtlichen Produktionssteigerungen. Neben den Lieferrückständen bei Textilerzeugnissen, Fernsehgeräten und Autos werden auch Qualitätsmängel zugegeben. Die Zeitschrift des Finanzministeriums brachte hierzu folgendes Beispiel. Bei den Fernsehern mit einer 43er Bildröhre (Preis 1600 DM, Lieferzeit etwa ein Jahr) gäbe es jetzt neue Typen. Da schon nach kurzer Zeit Röhrenausfälle auftraten, sei es sehr mißlich, daß es einfach keine Ersatzröhren gäbe, weil die Erzeugungskapazität gerade für die einmalige Bestückung der neuen Geräte ausreichte. „Verärgert wird der Empfänger in die Ecke gestellt, verärgert stellt sein Besitzer vielleicht fest, daß bei uns in der DDR nichts klappt und daß es noch weit hin ist mit den tausend kleinen Dingen, die uns unser Leben so angenehm machen sollen. Muß das sein?“ Solange die Konsumgüterindustrie planmäßig gegenüber der Produktionsgüterindustrie benachteiligt wird, kann sich hier kaum Wesentliches ändern.

Wie auch in der Bundesrepublik hat sich die industrielle Erzeugung in der SBZ im abgelaufenen Jahr stark erhöht. Für die ersten drei Quartale sollen die Zuwachsraten zwischen 2,2 vH bei der Brennstoffindustrie und 4,6 vH bei der Lebensmittelindustrie als den Langsamsten und 20,8 vH bei der Elektrotechnik und 20,4 vH beim Schwermaschinenbau als den Spitzenreitern gelegen haben. Im letzten Quartal sind die Zuwachsraten jedoch abgesunken, obwohl gerade in diesem Zeitraum sonst besondere „Produktionserfolge“ erzielt worden sind.

Die amtlichen Berichte weisen jedoch auch auf schwere Mängel der industriellen Leistung hin. Die Betriebe der metallverarbeitenden Industrie hätten die Durchführung wichtiger Investitionsvorhaben gefährdet, weil sie wichtige Ausrüstungen, vor allem Chemie-, Kohle- und Energieausrüstungen nicht termingerecht und in dem geplanten Umfang hergestellt hätten. Auch die Exportlieferungen wiesen Planverstöße auf. Es werden u. a. der Schwermaschinenbau mit Ausrüstungen und Getrieben, Bergbauausrüstungen und Förderanlagen, der Schiffbau, Energiemaschinenbau, Chemie- und Klimaanlage genannt. Bei der Inbetriebnahme neuer Kraftwerkskapazitäten traten größere Verzögerungen auf.

Nach dem Jahresbericht erhöhte sich der Außenhandelsumsatz um 15 vH, wobei der Planansatz in Einfuhr und Ausfuhr übererfüllt worden sein soll. Wie sich diese Übererfüllung mit den noch vorhandenen Exportrückständen und Störungen in den Exportbetrieben vereinbaren läßt, ist nur mit statistischen Kunstgriffen zu erklären. Aus neuesten Presseberichten geht z. B. hervor, in welchem Maße einer der größten Waggonbaubetriebe der SBZ, der VEB Waggonbau Görlitz, seine Exportverpflichtungen vernachlässigt hat. Ausgerechnet dieser Betrieb, in dem die sog. Siebenmeilenstiefel-Bewegung zur Produktionssteigerung Anfang 1958 erfunden wurde! „Geht's nicht voran, dann wird eine neue Bewegung beschlossen. Der Siebenmeilenstiefel-Bewegung folgte im Mai die ‚Rakete der guten Taten‘, im August das ‚achtziger Tempo‘, im November die Lösung ‚Siebenjahrplan in sechs-dreiviertel Jahren‘. Vier Bewegungen in einem Jahr — aber haufenweise Planschulden.“

Bei diesem Bewegungsrummel, der ein typischer Ausdruck staatlicher Mangelplanwirtschaft ist, wies der Görlitzer Betrieb 14,5 Mill. DM Exportschulden auf. Alle Exporterzeugnisse sollten das Gütezeichen „S“ erhalten, vor allem die 100 Schlafwagen für Rußland. Doch der Betrieb will nunmehr erst im Jahre 1961 diesen hohen Qualitätsgrad in seiner Produktion erreichen, mit dem er auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig würde. Wir hatten an dieser Stelle im Augustheft darauf hingewiesen, wie unsinnig Ulbrichts Empfehlung war, den Entwicklungsprozeß neuer Fertigungen „kühn zu

verkürzen“. Im VEB Waggonbau Görlitz hat man diesen Patentvorschlag befolgt und, um Zeit zu gewinnen, auf den Bau von Probewagen und den einer Nullserie verzichtet. Was dabei herauskommt, hat nur mittelmäßige Qualität. An einem Exportauftrag von 100 RIC-Schlafwagen wurden im 2. Halbjahr 1959 nach Beginn der Serienproduktion noch 5000 konstruktive Veränderungen vorgenommen.

Ähnliche Beispiele ließen sich noch mehr nennen. Ein Thüringer VEB, der Rechenmaschinen herstellt, hatte Exportverträge anhand seiner Messmuster abgeschlossen, obwohl die Fertigung technisch noch gar nicht ausgereift war, so daß die Betriebsleitung jetzt nicht erreicht werden. Auch dafür liefert der VEB Waggonbau Görlitz ein treffendes Beispiel. Er sollte die Selbstkosten laut staatlicher Auflage um 7,3 Mill. DM senken. Seine übergeordnete VVB reduzierte den Ansatz einfach auf 300 000 DM (und das in einer Staatsplanwirtschaft!) und der Betrieb selbst gab sich mit einer Senkung von sage und schreibe 300 DM für die Zeit vom Januar bis zum Oktober 1959 zufrieden. In den zwei letzten Monaten konnte er diese „Leistung“ nicht mehr wesentlich erhöhen.

Hier liegt wirklich eines der für die mitteldeutschen Planwirtschaftler schwierigsten Probleme: der fehlende echte Anreiz zu wirtschaftlicher, rentabler Leistung — die Vernachlässigung der Qualität zugunsten der Quantität. Das wird auch gar nicht verkannt, aber es war bisher unmöglich, der „Tonnenideologie“ und dem finanziellen Schlendrian trotz aller „Sparsamkeitswettbewerbe“ wirksam zu begegnen. So ist es kein Wunder, daß auch im Jahre 1959 viele volkseigene Betriebe ihr Planziel in puncto Rentabilität und Abführung von Geldmitteln an die Staatskasse nicht erreichten. Nur ein Teil der VEB sind sog. gewinngeplante Betriebe. Von diesen erfüllten bis Ende Mai 1959 60 vH ihren Gewinnplan nicht, und auch viele verlustgeplante Betriebe überschritten ihr Verlustlimit.

Der VEB Tischlerei Neuruppin sollte laut Plan im Jahre 1959 einen Gewinn von 60 000 DM erzielen, er wies bis zum November dagegen einen Verlust von 50 000 DM aus. Kürzlich kritisierten Funktionäre der Finanzverwaltung, daß sich in den Finanzplan der Maschinenbauindustrie der SBZ für 1959 (!) ein Verlustvoranschlag in Höhe von 280 Mill. DM eingeschlichen hätte. Der Textil- und der elektrotechnischen Industrie wurde vorgehalten, daß bei ihnen durch schlechte Qualität der Arbeit, durch Ausschuß und nicht geplante Nachleistungen hohe Verluste und Kosten entstünden. Allein in den ersten fünf Monaten hatte die Elektrotechnik so

13 Mill. DM für Arbeitsausschuß, 7 Mill. DM für Garantieleistungen, 3 Mill. DM für Materialausschuß und 2 Mill. DM für Produktionsstörungen — also insgesamt 25 Mill. DM — an Verlusten zu verantworten.

Das Finanzministerium nahm zu der bis 1961 anhand der für die Betriebe vorliegenden Pläne sich abzeichnenden Entwicklung wie folgt Stellung: „In den Industriezweigen Metallurgie, Maschinenbau und Leichtindustrie müssen die in den Plänen enthaltenen Aufwendungen für Ausschuß, Nacharbeitskosten, Mehraufwendungen für nicht maßgerechtes Material bzw. Erlösminderungen für mindere Qualitäten exakt geprüft werden. Diese Aufwendungen sind auch hinsichtlich der geforderten höheren Qualität der Erzeugnisse in allen Industriezweigen planmäßig wesentlich zu senken.“ Was nützt es aber, wenn auf Grund solcher Kritik die Pläne geändert und vorbildliche Selbstverpflichtungen eingegangen werden, wenn sich dann in der Betriebspraxis später kaum eine Änderung zeigt? Und trotzdem sind die Finanzfunktionäre gezwungen, unablässig nach wirtschaftlicher Rechnungsführung und nach Rentabilität, nach Produktionssteigerung und Kostensenkung zu verlangen, damit wenigstens ein Minimum an Finanzdisziplin erreicht wird. Der VEB Stahl- und Walzwerk Hettstedt plante — wahrscheinlich auf Grund der bisher gemachten schlechten Erfahrungen — für 1960 68 000 Überstunden und damit zu hohe Lohnkosten ein. Der VEB Leichtmetallwerk Rackwitz will es 1960 auf 67 000 Ausfallstunden bringen.

Nicht immer liegen die Verlustquellen in schlechter Arbeitsorganisation und in außerbetrieblichen Produktionsstörungen. Schon bei der Investition fängt die Schluderei an. Der VEB Maschinenfabrik Sangerhausen stellte sich im Jahre 1958 eine Karusselldrehtmaschine mit einer 8-Meter-Planscheibe auf, ohne daß die Betriebsleitung vorher die Frage der Kapazität untersucht hatte. Heute kann diese wertvolle Maschine, die wahrscheinlich in anderen Betrieben dringend gebraucht würde, in Sangerhausen maximal nur zu 10 vH ausgelastet werden. Für das Zementwerk Rüdersdorf III wurde aus Investitionsmitteln für 270 000 DM eine Kühltrommel angeschafft, die heute dort völlig nutzlos herumliegt und ausgeschlachtet wird, weil inzwischen die Konstruktion geändert wurde. So etwas belastet natürlich die Betriebsfinanzen. Das Kesselhaus des Ziegelkombinats Uckermünde sollte bereits im Dezember 1957 fertig sein. Bis vor kurzem war noch nicht einmal das endgültige Ausführungsprojekt vorhanden. Da der Betrieb aber eine Einheit seiner Einzelanlagen darstellt, wird dadurch der gesamte Betrieb betroffen.

Diese für die mitteldeutsche wie auch für die sowjetische Wirtschaft kennzeichnenden Reibungsverluste sind außerordentlich hoch. Sie werden von den Wissenschaftlern am

grünen Tisch bei Leistungsvergleichen zwischen Ost und West meist vernachlässigt oder gar nicht einkalkuliert. Für sie ist beispielsweise eine investierte Einheit in Ost und in West gleichwertig, wobei sie außer acht lassen, daß im Westen der Investor darauf angewiesen ist, die neue Anlage so schnell und so gut wie möglich als Produktionsstätte und als Kapitalanlage zu nutzen, während wir aus der östlichen Wirtschaft eine Fülle von Beispielen kennen, wo unvollendete Anlagen lange Zeit ungenutzt dalagen. Mit stolzen Investitionsplänen und -berichten allein ist noch nichts über die echte Kapazitätsausweitung gesagt. Wenn man sich dies vor Augen hält, dann muß (natürlich unter der Voraussetzung, daß die sowjetzonalen Zahlenangaben auch stimmen) der mitteldeutschen Wirtschaftsverwaltung bescheinigt werden, daß sie es bis 1959 prächtig verstanden hat, den Durchschnittslohn des Produktionsarbeiters in der Entwicklung gegenüber der Produktivität je Produktionsarbeiter zu drosseln. Im Vergleich zu 1950 (= 100) stieg in der gesamten Industrie die Produktivität um 88 vH, der Lohn nur um 64 vH; in der Grundstoffindustrie die Produktivität um 81 vH, der Lohn um 68 vH; in der metallverarbeitenden Industrie die Produktivität um 101 vH, der Lohn nur um

61 vH; in der Leichtindustrie die Produktivität um 83 vH, der Lohn um 63 vH. Nur in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie übertraf die Lohnsteigerung mit ihrem Zuwachs von 58 vH den der Produktivität von 52 vH. Die Lohnerhöhungen des Jahres 1959 brachten hier noch keine Änderung. *Das durchschnittliche Lohninkommen blieb im Vergleich zur Produktivitätssteigerung unterentwickelt.* Das ist der zwangsläufige Ausgleich der oben angedeuteten Reibungsverluste.

*

In den letzten Wochen ist der Werbefeldzug für die *Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften* (AWG) verstärkt worden. Es fiel auf, daß bis zum 30. 6. 1959 keine einzige neue AWG gegründet worden ist. Sie sollten bis zum Jahresende 1959 ihre 61 800. Wohnung seit ihrer Errichtung im Jahre 1954 fertigstellen. Da bis zum 31. 7. 1959 aber nur insgesamt 38 100 Wohnungen fertig waren, muß man daran zweifeln — zumal auch der staatliche Wohnungsbau große Rückstände aufwies —, daß die AWG ihr Ziel erreicht haben. Dabei soll nicht verkannt werden, daß es mit diesen AWG gelungen ist, viel guten Willen und manche Produktionsreserven zu aktivieren.

Die Entwicklung der AWG in der SBZ

Jahr	Staatl. Kredithilfe in Mill. DM		Hilfe der Betriebe in Mill. DM	Eigen- leistung ¹⁾	Mitglieder in 1000	Eigenleistung je Mitgl. ²⁾ (in DM)
		davon nicht rückzahlbar				
1954	29	15	2,8	9,5	14,1	674
1955	100	52	4,2	19,4	20,2	960
1956	149	78	6,3	28,9	37,0	780
1957	263	137	12,5	61,8	78,8	780
1958	419	217	12,0	107,0	137,5	780

1) Finanzielle und materielle Eigenleistung.
2) Jahresbetrag.

Bisher entfallen rd. 40 vH des Wohnungsbaus auf die AWG, und nach dem Siebenjahresplan, der zum Problem *Wohnungsbau* auffallend wenig sagt, soll dieser Anteil bis zum Jahre 1965 auf mindestens 62 vH angestiegen sein. Damit werden dann auch die besonderen Möglichkeiten wegfallen, die die AWG heute haben. Trotz der staatlichen Direktiven liegt bei den von ihnen gebauten Wohnungen die Durchschnittsgröße etwa um 10 vH über der des staatlichen Wohnungsbaus. 1958 hatten die AWG-Wohnungen eine Durchschnittsgröße von 68,3 qm, die staatlichen Wohnungen von 57,9 qm. Für den Siebenjahresplan ist als Maximum eine Durch-

schnittsgröße von 55 qm vorgeschrieben, die einen Preis von 22 000 DM kosten soll. Im ersten Fünfjahrplan hatte man noch mit einem Durchschnittskostensatz von 10 000 DM operiert. Bei den AWG kostete im Jahre 1958 die Wohnung im Durchschnitt 28 000 DM. Es ist äußerst zweifelhaft, ob eine Senkung auf 22 000 DM gelingen kann.

Im Rahmen des Siebenjahrplans sollen insgesamt 142 Mrd. DM investiert werden. Davon nennt das Gesetz als Verwendungszweck die Industrie mit 60 Mrd. = 42,2 vH, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen mit je 14 Mrd. = zus. 19,6 vH, den kommunalen Städtebau und Wohnungsbau mit 30 Mrd.

= 21,1 vH, während der Rest von 24 Mrd. = 17,1 vH nicht erläutert wird. Geht man davon aus, daß lt. Plan in diesem Zeitraum 772 000 Wohnungen gebaut werden sollen, davon 81 000 durch Um- und Ausbauten, und daß der Kostensatz mit 22 000 DM fixiert wurde, dann entfielen auf den Wohnungsbau ohne die kommunalen Bauten eine Finanzierungssumme von knapp 17 Mrd. DM. Offensichtlich denkt Pankow daran, einen wesentlichen Teil dieser Summe durch finanzielle und materielle Hilfeleistung, der Bevölkerung im Rahmen des sog. Nationalen Aufbauwerkes mobilisieren zu können. Dadurch ließe sich auch der Arbeitskräftemangel im Bauwesen etwas mildern.

Selbst Pankow kann nicht leugnen, daß es bisher um die Erfüllung der Wohnungsbaupläne sehr schlecht ausgesehen hat. Das liegt an der ungenügenden Baustoffversorgung, am Mangel von arbeitsparenden Maschinen, an der Zersplitterung der Baumaßnahmen, an Organisations- und Planungsfehlern und an dem Rückstand der SBZ im industriellen Wohnungsbau. Die Nichterfüllung der Produktionspläne der Baustoffindustrie im Jahre 1959 bei Zement, Dachziegeln, Mauersteinen, Betonzeugnissen, Splitt und Ausbaumaterialien erschweren zusätzlich den Start der Bauwirtschaft im Jahre 1960. Schon heute sind die *Sündenböcke* gefunden, denen später die Lücken im Wohnungsbauprogramm vorgeworfen werden. „Für die Schaffung aller Voraussetzungen zur Lösung der großen Aufgaben zur Industrialisierung des Wohnungsbaus sind die Räte der Bezirke voll verantwortlich.“ Dieser Passus aus dem Siebenjahrplan dürfte keinen Bezirksvorsitzenden mehr ruhig schlafen lassen; denn er hat gar nicht die Machtvollkommenheit, um dieser gewaltigen Aufgabe gerecht werden zu können.

Das Gesetz sagt nämlich an anderer Stelle, daß bis 1962 „im wesentlichen das Programm zur Fließfertigung von großformatigen Wandblöcken, Wandplatten und Spannbetonfertigteilen mittels Gleitfertigeranlagen als *eine* Voraussetzung der Industrialisierung des Bauens“ abzuschließen ist. Das ist aber etwas, was weit über den Einflußbereich der Bezirke hinausgeht. Eine weitere und nach dem Gesetz grundlegende Voraussetzung ist die „entscheidende Verbesserung der Planungs- und Leitungsmethoden der zentralen und örtlichen Wirtschaftsorgane . . . und die Verbesserung der Materialversorgung“. Die Arbeitsproduktivität in der Baumaterialienindustrie, die ja erst die Möglichkeit zum Bauen liefert, soll zwar bis 1965 fast verdoppelt werden, aber kein Mensch kann wissen, ob sie die geforderten Baustoffmengen auch produzieren wird. Und trotzdem sind die Räte der Bezirke voll verantwortlich. Diese Verlagerung der Verantwortung auf der Sache nach nur sehr beschränkt zuständige Verwaltungsinstanzen kann als Beweis dafür gewertet werden, daß die zentralen Stellen der SBZ dem Wohnungsbau entweder eine untergeordnete Bedeutung beimessen oder heute schon wissen, daß ihre im Vergleich zur westdeutschen Wohnungsbauleistung kümmerlichen Pläne einen erheblichen Teil Propaganda enthalten.

Lobend soll erwähnt werden, daß man sich sehr um die Verbesserung der Winterbaumethoden bemüht. Der Bevölkerung der SBZ wäre sicher am meisten damit gedient, wenn fern aller Propaganda ein echter Wettbewerb im Wohnungsbau mit der Bundesrepublik durchgeführt werden würde, und zwar hinsichtlich Menge und Qualität. Darauf wird jedoch die SED nicht eingehen; denn der Wohnungsbau rangiert bei den Investitionen noch immer am Schluß.

Dr. Walter Meier